

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 85 646 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Scharping, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und SPD-Vorsitzender, zu den Ergebnissen des Weltwirtschaftsgipfels: Der "Gipfelsturm" von Tokio bleibt aus.

Seite 1

Michael Müller MdB erläutert zentrale Thesen eines Programms zur sozialen und ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, das von der Arbeitsgruppe "Umwelt" der SPD-Fraktion formuliert wurde: Ökologie als Organisationsprinzip für die Gesellschaft (Teil I).

Seite 3

48. Jahrgang / 129

12. Juli 1993

Der "Gipfelsturm" von Tokio blieb aus

Von Rudolf Scharping
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und
SPD-Vorsitzender

Der Weltwirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten Industriestaaten begann mit einer Überraschung: Die Handelsminister der beteiligten Staaten hatten sich noch vor Beginn der eigentlichen Gipfelgespräche auf eine vorläufige Vereinbarung über weitreichende Zolssenkungen und eine Verbesserung des Marktzugangs geeinigt. Die Vereinbarung sieht vor allem den Abbau von Zöllen in 18 Bereichen vor und reicht von der völligen Abschaffung niedriger Zölle wie zum Beispiel auf Bier, Pharmaprodukte oder Land- und Baumaschinen über eine Zolssenkung um ein Drittel bis zur Halbierung sogenannter Hochzölle (15 Prozent und darüber) unter anderem auf Keramik, Glas und Textilien. Damit sei, so wurde allgemein in Tokio beteuert, eine erfolversprechende Ausgangslage dafür geschaffen, die 1986 einberufene sogenannte "Uruguay-Runde" zur Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bis Ende dieses Jahres zu beenden. Was bedeuten diese Beschlüsse und reichen sie als Ergebnis des G-7-Treffens aus, um die Wachstumsschwäche der Weltwirtschaft zu beenden und die alarmierend hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen?

Vorab ist festzustellen, daß sich der Beschluß der "Quadrigruppe", in der sich die Vereinigten Staaten, Japan, Kanada und die Europäische Gemeinschaft darum bemühen, den Zugang zu den Weltmärkten zu erleichtern, positiv von allen Tendenzen der letzten Zeit abhebt, durch verstärkten Protektionismus die jeweilige heimische Wirtschaft vor ausländischen Wettbewerbern zu schützen. Dennoch hat er einige materielle Defizite, die sich vor allem darin äußern, daß er strittige Punkte ausklammert. Dazu zählt die noch ausstehende Einigung über landwirtschaftliche Fragen, insbesondere über die Agrarzölle und die Kürzungen der landwirtschaftlichen Subventionen, sowie die Liberalisierung des Dienstleistungshandels. Aber auch die Verhandlungen über den gesamten Komplex der multilateralen Handelsregeln und der geplanten multilateralen Handels-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,60
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verleger-Lösung
zu recycelten Aufträgen
Recycling-Paper



organisation müssen noch geführt und in Genf einstimmig von den 116 Teilnehmerstaaten der "Uruguay-Runde" angenommen werden. Da der Beschluß von Tokio nicht verbindlich ist, wird sich erst bei den Verhandlungen in Genf zeigen, wie er von den dort nicht vertretenen Industrie- und Entwicklungsländern gesehen wird.

Frankreich erklärte noch während des Gipfeltreffens, daß die vereinbarte Abschaffung der Zölle für Stahl von dem Zustandekommen eines multilateralen Stahlsektorabkommens abhängt und auch die Kürzung landwirtschaftlicher Exportsubventionen grundsätzlich noch offen sei. Dies weist zum einen darauf hin, daß auch mit den Vereinbarungen von Tokio ein Konsens noch nicht gefunden ist. Zum anderen verschaffen sich damit protektionistische französische Stimmen Gehör, die schon seit längerem befürchten, daß die heimische Industrie von Billigimporten überschwemmt wird.

Daß die Vereinbarungen über die Senkung von Zöllen als Durchbruch empfunden wurden, hängt sicherlich nicht zuletzt mit den daran geknüpften Erwartungen über die Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammen. Der amerikanische Handelsbeauftragte Mickey Kantor bezifferte ihre Anzahl allein für die USA auf rund 1,4 Millionen. Die angestiegenen Arbeitslosenzahlen in den wichtigsten Industrienationen - sie beläuft sich in den G-7-Ländern insgesamt auf circa 23 Millionen - ist Ausdruck der weltweit abgeschwächten Konjunktur und der damit verbundenen Wachstumsstagnation. Die Haushaltsengpässe der Mehrzahl der G-7-Industrienationen läßt Spielraum für kräftige konjunkturpolitische Spritzen, noch für andere kostenintensive Initiativen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft.

Die Bundesregierung glaubte sich mit den jüngsten währungspolitischen Beschlüssen der Bundesbank zur Senkung der Leitzinsen, mit ihren Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und ihrer bisherigen relativ großzügigen Unterstützung der Staaten des ehemaligen Ostblocks aus dem Obligo: der Bericht der G-7-Finanzminister und der Entwurf der Economic Declaration verweist dennoch auf einen erheblichen Handlungsbedarf. So verpflichten sich die europäischen Staaten ökonomische Bedingungen herzustellen, die weitere Zinssenkungen in ihren Ländern ermöglichen und verweisen insbesondere auf den Subventionsabbau. Die Bundesbank hat immer wieder erklärt, daß sie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Bedingung für weitere Zinssenkungsschritte macht. Die bisher auf dem Tisch liegenden Vorschläge der Bundesregierung zum Abbau des größten Schuldenbergs in der Geschichte der Bundesrepublik erfüllen diese Voraussetzungen nicht: sie sind gemessen an ihrer Höhe zu vernachlässigen, da sie den geforderten Subventionsabbau - und damit die wirklichen Einsparbeträge - ausklammern und treffen zudem die sowieso schon sozial benachteiligten Gruppen. Damit gefährden sie durch ihre Unausgewogenheit die soziale Stabilität, die eine der wichtigsten Säulen unseres wirtschaftlichen Wohlstands ist.

Weiterhin wird von den Gipfeltteilnehmern die Verbesserung der Investitions- und Spartätigkeit als eine wesentliche Voraussetzung für die Beeinflussung der Produktivitätszunahme genannt sowie eine größere Flexibilität bei den Löhnen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik durch verstärkte Bildungs- und Ausbildungsanreize gefordert. Mit der Abwendung einer Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für die investierende Wirtschaft haben auch deutsche Sozialdemokraten mit dem Standorticherungsgesetz dazu beigetragen, die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft und damit auch die Beschäftigungszahlen zu erhöhen. Die Bundesregierung aber bleibt, die Hausaufgaben, die sie von anderen Staaten einfordert, noch schuldig. Mehr noch: Was will sie auf dem für Ende dieses Jahres geplanten "Beschäftigungsgipfel" als ihren Beitrag darstellen? Durch Einsparungen im Bereich von aus- und Fortbildungsmaßnahmen widerspricht sie geradezu den von den G-7-Staaten geforderten verstärkten Bildungs- und Ausbildungsinitiativen.

Auch die Errichtung eines deutsch-japanischen Hochtechnologierates nutzt wenig, wenn gleichzeitig im eigenen Land der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologieförderung durch Streichungen finanziell der Boden entzogen wird. Nur eine solche Förderung schafft in Deutschland die Arbeitsplätze die wir brauchen, um das freiwerdende Arbeitskräftepotential von einfacheren Produktionsstrukturen in neuen, technologie-intensiven Produktionsbereichen zu binden.

Ein Nullwachstum der Wirtschaft, der Anstieg der Arbeitslosenzahlen, die noch ungebremsste Verschuldung, die zunächst einmal nur durch eine Begrenzung der Ausgabensteigerung im Bundeshaushalt aufgefangen werden soll, sowie die noch immer ungelösten Probleme bei der Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands, hätten eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik zugunsten einer abgestimmten weltweiten Wirtschaftspolitik erwarten lassen. Daß eine solche Rolle nicht übernommen wurde verwundert nicht, tröstet aber in unserem Lande keinen, der gerade um seinen Arbeitsplatz fürchtet. Den Sozialdemokraten bleibt damit in Zukunft ein weites Feld, ihre wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz auch international unter Beweis zu stellen.

(-/12. Juli 1993/rs/fr)

Ökologie als Organisationsprinzip für die Gesellschaft (Teil I)
Ausführungen vor der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema "Umwelt"

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Einleitung:

Die Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Fraktion hat ein Programm zur sozialen und ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft erarbeitet. Es trägt den Titel

"Reformen für eine dauerhafte Entwicklung".

Dieses Papier stellt im Grundsatz keine neue Forderungen auf, sondern bündelt die bisherigen Ansätze und versucht, eine politische Orientierung zu geben. Wir verstehen das Papier als einen Beitrag zur Intensivierung der programmatrischen Diskussion über die soziale und ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft.

Die Vorlage ist kein Beschlußpapier. Es soll weiterentwickelt und in den 7 aufgeführten Einzelfeldern konkretisiert werden.

In einigen zentralen Thesen will ich den Hintergrund und die Leitideen dieses Programms aufzeigen.

These 1:

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen muß neben Sicherung und Ausbau des Sozialstaats zur Leitidee unserer Politik sein. Beide Aufgaben verbinden sich im Ziel der Gerechtigkeit.

Die ökologische Modernisierung ist kein isoliertes Politikfeld, sondern eröffnet eine Perspektive für die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Sie ist ein Ansatz zur grundlegenden Reform der Industriegesellschaft.

Tagtäglich lesen und hören wir in den Medien, daß die Umweltprobleme zunehmen:

- o Der Sommersmog erreicht immer neue Rekordwerte. So wurden beispielsweise in diesem Mai im Rheinland Spitzenwerte von rd. 400 mg pro m³ Luft erreicht. Das ist mehr als das Doppelte des Wertes, der als gesundheitlich unbedenklich gilt und übersteigt deutlich die kritische Grenze von 350 mg.

- o Die Müllberge werden immer höher, es scheint kein Mittel zu geben, insbesondere der wachsenden Plastikmengen Herr zu werden. Die Bundesrepublik hat den zweifelhaften Rang des größten Müllexporteurs. Die tagtäglichen Skandale und Skandälchen um das DSD sprechen eine eindeutige Sprache über eklatante Fehlentwicklungen.
- o Umweltbedingte Krankheiten nehmen zu, dies gilt insbesondere für Allergien. So wurde beispielsweise 1971 bei der Musterung der Wehrpflichtigen ein Anteil von 1,7 % Allergikerkranken registriert, 1991 waren es schon rd. 18 %. Das ist eine Steigerung um das Zehnfache in nur 20 Jahren.

Dennoch: Obwohl die Umweltsituation unverändert dramatisch ist, was heute nicht mehr bestritten wird, gerät die Umweltpolitik in die Defensive. Der Bundesumweltminister hat im Kabinett keinen Einfluß, obwohl die Analysen der ökologischen Situation von Herrn Töpfer oder des Bundesumweltamtes nichts an Deutlichkeit vermissen lassen. Herr Töpfer versucht mit dem Widerspruch zwischen seinem Wissen und den Konsequenzen, die daraus gezogen werden, wohl dadurch fertig zu werden, daß er sich immer stärker in eine unsärlöse Politik folganloser Ankündigungen versteigt.

Doch dieser "Widerspruch unserer Zeit", daß wir das Zehnfache dessen wissen, um eine andere Politik zu begründen, hat konkrete Ursachen. Aus meiner Sicht ist er in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die gesellschaftlichen Ursachen der scheinbar unaufhaltsam voranschreitenden Naturzerstörung bis heute zu wenig aufgearbeitet sind. Nach wie vor herrscht das Mißverständnis vor, die Gefahren und Fehlentwicklungen seien allein mit mehr Umweltschutz, also mit einer Politik der Schadstoffkontrolle, die am Ende von Prozessen ansetzt, zu verhindern. Doch die entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Umweltpolitik ist der Kurswechsel von der "nachsorgenden" Schadensbeseitigung hin zu einer Politik der grundsätzlichen Schadensvermeidung durch eine Integration ökologischer Zielsetzungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Bis heute wird wenig gesehen, daß es einen engen Zusammenhang zwischen ökologischen Gefahren und sozialen und ökonomischen Fehlentwicklungen gibt. Dieser Zusammenhang ist in der Entwicklung der Industriegesellschaft selbst begründet, die mit der industriellen Revolution eine gewaltige Dynamik von Veränderungen installiert hat. Weil sie dabei vor allem auf technisch-ökonomisches Wachstum ausgerichtet ist, gerät der innere Zusammenhalt der Gesellschaft aus dem Gleichgewicht.

Deshalb ist es ein Trugschluß, Ökonomie, Ökologie oder soziale Sicherheit ließen sich gegeneinander ausspielen. Im Gegenteil: Dadurch werden die Ungleichgewichte noch größer, weil der innere Zusammenhang verkannt wird, der in der Entwicklung der Gesellschaften selbst liegt. Ohne eine neue Statik wächst die Gefahr, daß die Gesellschaft mit der einseitigen Vorherrschaft technisch-ökonomischer Zielsetzungen und der zunehmenden Komplexität ihrer Beziehungen in die Unregierbarkeit treibt.

25 Jahre nach Gründung des Club of Rome ist es heute eine weitverbreitete Erkenntnis, daß sowohl die soziale Entwicklung (insbesondere Armut und Bevölkerungswachstum) der Menschheit als auch die Zunahme ökologischer Gefahren auf einen kritischen Punkt zutreiben. Doch unter dem Druck der wirtschaftlichen Rezession droht heute sogar der Rückfall in altes quantitatives Wachstumsdenken - als hätte es die Diskussion über qualitatives Wachstum und zukunftsverträgliche Entwicklung (Sustainable Development) nicht gegeben.

Was 1972 erstmals mit dem Stichwort "Grenzen des Wachstums" theoretisch behandelt wurde, holt uns heute in der Wirklichkeit ein: Die sozialen und ökologischen Grenzen unserer heutigen Formen von Wachstum werden sichtbar:

- o wachsende ökonomische Instabilitäten,
- o wieder zunehmende soziale Unterschiede sowie
- o schleichende Umweltzerstörungen.

Sie sind das Ergebnis gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, weil durch die industrielle Dynamik die Gefahr besteht, daß neben Wohlstand auch Ungleichheit produziert und

gewaltige Zukunftshypothesen aufgebaut werden, wenn es keine sozialstaatliche und ökologische Regulierung gibt.

Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit stehen von daher nicht in einer grundsätzlichen Konkurrenz zueinander, sondern sind die unterschiedlichen Auswirkungen eines gemeinsamen Problems: Mit der einseitig auf technisch-ökonomisches Wachstum ausgerichteten Dynamik der Industriegesellschaften geht ohne eine aktive Regulierung das innere Gleichgewicht verloren. In der Vergangenheit war der Sozialstaat das Bindeglied für einen rationalen Interessenausgleich, der Stabilität geschaffen hat. Doch dessen Funktionstüchtigkeit wird heute zerstört, zum einen weil er durch die konservative Politik bewußt abgebaut wird, zum anderen aber auch, weil er mit der bloßen Verlängerung der wachstumsabhängigen Mechanismen, auf denen er aufgebaut ist, nicht mehr gesichert werden kann.

Es wird deshalb zu keinen tragfähigen Lösungen führen, ökonomische Interessen gegen ökologische Ziele auszuspielen oder soziale Bedürfnisse gegen die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen. Das mag im Einzelfall kurzfristig Erleichterungen verschaffen, verschärft aber schon mittelfristig die Fehlentwicklungen und macht deren Lösung noch schwieriger.

Vielmehr geht es darum, den gesellschaftlichen Interessenausgleich neu zu organisieren. Dies ist die Chance der SPD, weil sie aus ihrer Tradition heraus eine gesellschaftliche Reformpartei ist, die Integration mit Veränderung zu verbinden sucht. Eine derartige Politik der Integration durch Reformen muß die soziale, ökologische und demokratische Integration durch die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erreichen.

Es war nie sozialdemokratische Sache, besonders radikale, aber in der Regel dann auch folgenreiche Einzelforderungen aufzustellen. Unser Selbstverständnis muß auch heute sein, einen gesellschaftlichen Strukturwandel einzuleiten, der durch die Zusammenführung wichtiger Interessen Fortschritt möglich macht. Gerade angesichts der dramatischen Tendenzen politischer Instabilität und sozialer Desintegration unserer Gesellschaft, die sich auch in dem Erstarken rechtsextremer Strömungen zeigen, muß es sozialdemokratische Politik sein, gesellschaftliche Stabilität und Erneuerung miteinander zu verbinden.

These 2:

Ökologische Reformpolitik ist mehr als nachsorgender Umweltschutz. Ökologie ist ein Organisationsprinzip für die Entwicklung der Gesellschaft, um sie auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen.

Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit entstehen nicht naturgesetzlich, sie sind das Resultat gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Es ist die reformpolitische Aufgabe unserer Zeit, zwischen sozialen und ökologischen Zielen und der technisch-ökonomischen Dynamik ein stabiles Gleichgewicht zu ermöglichen. Mit dieser Sichtweise stehen die Grundüberlegungen unseres Programms nahe der Positionsbeschreibung von US-Vizepräsident Albert Gore, der die Herstellung eines gerechten Gleichgewichts zwischen sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Stabilität und ökonomischer Leistungsfähigkeit als die entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Existenz einer komplexen und stör anfälligen Industriegesellschaft ansieht. Notwendig ist demnach eine richtige Mischung aus Stabilität und Veränderung.

Um ein einleuchtendes Beispiel zu nennen: Die Stabilität der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit war das Ergebnis des sozialstaatlichen Interessenausgleichs, der von einem breiten Grundkonsens getragen wurde. Er war das Bindeglied für die Gesellschaft und die Grundlage für demokratische Festigkeit und wirtschaftliche Leistungskraft. Mit dem Abbau des Sozialstaates erleben wir heute den Verlust an Stabilität, weil die Gesellschaft ihr unverzichtbares soziales Gleichgewicht verliert.

Auch die Ökologie ist ein Organisationsprinzip. Aus meiner Sicht kann die Orientierung daran auch die Modernisierung des Sozialstaates möglich machen. Denn beide - Sozialstaat und Ökologie - können nur auf der Basis eines gerechten Interessenausgleichs funktionieren. Insofern ist das Prinzip Ökologie eine Weiterentwicklung des Sozialstaats unter der Einbezie-

hung der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit der zukünftigen Lebensbedingungen.

Um diese Einsicht in abgewandelter Form mit Frederic Vester zu beschreiben: Die Firma Ökologie ist die einzige Firma, die über Jahrtausende nicht pleite gegangen ist, sondern Veränderung und Stabilität miteinander zu verbinden weiß. Ich sehe in der Politik der sozialen und ökologischen Modernisierung die Chance für einen neuen Interessenausgleich, ohne den unsere Gesellschaft auf Dauer nicht existieren kann.

Für die Modernisierung unserer ins Trudeln geratenen Gesellschaft brauchen wir eine Leitidee, die einen breiten Konsens finden kann, damit sich unterschiedliche Interessen daran orientieren können und die Politik sich an ihrer Umsetzung legitimieren muß. Damit wird die Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte nicht gelegnet, aber es besteht die Chance für einen reformpolitischen Neuanfang, der von einer integrativen Leitidee getragen wird. Aus unserer Sicht heißt diese Leitidee "Dauerhafte Entwicklung". Ich bin nicht ganz glücklich über den Begriff "Dauerhaftigkeit", aber der Begriff "Nachhaltigkeit" überzeugt noch weniger. Vielleicht ist es besser, von "zukunftsverträglicher Entwicklung" zu sprechen.

Sustainable Development, wie das Ziel von der Brundtland-Kommission der UN definiert wurde, ist ein Begriff, auf den sich schon heute viele gesellschaftliche Gruppen positiv beziehen: Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, Kirchen und Wissenschaft, Parteien und Umweltverbände. Ich sehe in der weiteren Konkretisierung dieses Ziels die Chance, unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft zusammenzuführen und zu motivieren sowie dem gefährlichen Trend der sozialen und politischen Desintegration entgegenzuwirken.

Die soziale und ökologische Modernisierung für eine "dauerhafte Entwicklung" ist eine wichtige Voraussetzung, um der Gesellschaft neue Stabilität zu geben. Auch um die Grundlagen für Frieden und Freiheit neu zu sichern. Dies wäre die Neubestimmung einer Reformpolitik, die wir für die Zukunftsverträglichkeit unserer Gesellschaft dringend brauchen.

These 3:

Die Umweltkrise geht tiefer als wir denken. Sie ist allein mit einer Politik der Schadstoffkontrolle nicht zu beenden.

Noch vor 20 Jahren konnte eine große Mehrheit unserer Bevölkerung mit dem Begriff "Umweltschutz" wenig anfangen. Dies belegen Meinungsumfragen, die "Der Spiegel" Anfang der 70er Jahre veröffentlicht hat. Unter diesen Gesichtspunkten hat sich viel getan, denn heute gibt es ein hohes Umweltbewußtsein. In fast jeder Meinungsumfrage über die bedrückendsten Themen liegt die Naturzerstörung auf einem Spitzenrang. Dennoch ist das Fazit ernüchternd: Auch nach 20 Jahren Umweltschutzpolitik spitzt sich die Naturzerstörung weiter zu. Denn dieser Prozeß ist ohne weitreichende Reformen nicht zu stoppen. Mit der heutigen Politik der reinen Schadstoffkontrolle wächst die Umweltzerstörung weiter an.

Seit den 80er Jahren beginnen wir, die Ausmaße der Umweltkrise in ihrer ganzen Dimension zu erkennen. Ich nenne dafür 5 Beispiele:

1. Die menschlichen Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen übersteigen immer stärker die Regenerationsfähigkeit der Natur. Dies belegt beispielsweise eine Untersuchung des Umweltbüros der Vereinten Nationen über die Entwicklung wichtiger Ökosysteme. Die Bestandsaufnahme der Folgen menschlicher Eingriffe zeigt, daß sich in den letzten 40 Jahren, also seit 1950, bei

- Chemie und Dynamik der Atmosphäre,
- globaler Wasserkreislauf,
- Wüstenbildung und Verschlechterung der Bodenqualitäten,
- Artenvielfalt,

der Zustand stärker verschlechtert hat als die 400 Jahre zuvor.

2. Die Naturkreisläufe haben eine begrenzte Aufnahmefähigkeit für Emissionen und Schadstoffe. Diese Aufnahmefähigkeit ist in vielen Sektoren erreicht. Weil dadurch die Pufferkapazität der natürlichen Stoffkreisläufe überschritten wird, werden aus lokalen und regionalen Umweltschäden globale Gefahren. Die Globalisierung der Umweltkrise hat auch weitreichende gesellschaftliche Folgen. Ich nenne Stichworte wie Armutswanderungen, Verteilungskonflikte oder Umweltkriege. Somalia und Äthiopien sind Beispiel, welche politischen Folgen die Verschlechterung der natürlichen Lebensgrundlagen annehmen können.

Die Hauptverantwortung für diesen Prozeß tragen die Industrieländer. Auch dafür einige Beispiele:

- o Auf nur 23 % der Menschheit, die in den Industriestaaten wohnen, entfallen rd. 80 % der klimaschädlichen Gase.
 - o Von den heute weltweit rd. 460 Mio. gezählten Fahrzeugen fahren knapp 390 Mio. allein in Nordamerika, Westeuropa und Japan.
 - o Im Schnitt produziert ein Westeuropäer pro Tag doppelt so viel Abfall wie das durchschnittliche Gewicht eines Erwachsenen.
3. Die globalen Folgen der Umwelterstörung zeigen sich jedoch in erster Linie in den Entwicklungsländern, die, anders als Europa oder Nordamerika, in der Regel in ökologisch sehr viel empfindlicheren Regionen liegen und zudem nur geringe wirtschaftliche und technische Möglichkeiten haben, sich vor Umweltgefahren zu schützen. In den tropischen Breiten haben beispielsweise geringe klimatische Änderungen oft viel schwerwiegendere Folgen als in den Industriestaaten, die in der Regel in gemäßigten Breiten liegen.
4. Die Auswirkungen der menschlichen Eingriffe in die Naturkreisläufe wirken sich erst zeitverzögert aus. Die Anpassungsprozesse sind träge und vollziehen sich über einen längeren Zeitraum. Mit anderen Worten: Viele Folgen sind bereits heute eingeleitet. Diese Prozesse können nur verlangsamt oder abgemildert werden. Die Zukunft ist bereits heute gravierend vorbelastet, weil wir in der Gegenwart bereits Tatsachen schaffen, so
- bei den Klimaänderungen, die durch die ozeanischen Umwälzungsprozesse des Kohlenstoffkreislaufs einen zeitlichen Vorlauf von 30 bis 40 Jahren haben;
 - beim Ozonabbau, wo trotz der Verringerung oder gar des Verbots ozonzerstörender Stoffe (Stichwort: FCKW) der traurige Höhepunkt der Ozonverdünnung erst bevorsteht. Denn die verursachenden Chlorverbindungen brauchen rd. 12 bis 15 Jahre, bis sie in die Höhenbereiche der Stratosphäre aufgestiegen sind, wo die Ozonschicht ist.

5. Schließlich müssen wir in Rechnung stellen, daß trotz der beachtlichen Fortschritte der Umweltforschung nicht vorherzusagen ist, wie belastete Ökosysteme reagieren. Es gibt viele Beispiele dafür, daß es in den Naturkreisläufen plötzlich zu Sprüngen und Zusammenbrüchen von Systemen gekommen ist. So wurde beispielsweise 1985, beim erstmaligen Nachweis des Ozonlochs, von heute auf morgen ein Ozonschwund von 40 Prozent in der Antarktis gemessen.

Es ist auch richtig, daß einige Vorhersagen über ökologische Gefahren nicht wie prognostiziert eingetreten sind. Aber dies kann keine Entwarnung sein, denn es ist viel wichtiger, daß eine weit größere Zahl von Umweltzerstörungen nicht vorhergesagt wurde.

Diese Bestandsaufnahme ökologischer Gefahren muß vor dem Hintergrund wieder zunehmender Ungleichheit und Ungerechtigkeit gesehen werden, vor allem im Nord-Süd-Verhältnis. Reichtum und Wohlstand sind immer mehr auf ein Viertel der Menschheit konzentriert. Drei Viertel der Menschheit stehen dagegen erst vor der Entwicklung, die in vielen Regionen der Erde schon deshalb notwendig ist, um die Grundbedingungen einer sozialer Existenz zu schaffen. So verschärfen sich auch die gesellschaftspolitischen Spannungen und mit der Wirtschaftskrise nimmt ein ausbeuterischer Verdrängungswettbewerb zu. Auch hier verläuft der Prozeß von Entwicklung in keinem stabilen Gleichgewicht.

Durch die Abwärtsspirale von Armut und Naturzerstörung und die wachsenden sozialen Spannungen bekommt die ökologische Problematik ihre entscheidende Dimension für gesellschaftspolitische Konflikte zwischen Nord und Süd, aber auch zwischen Ost und West. Wenn beispielsweise China sein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm wie geplant durchführt, wird sich dort die Energienutzung innerhalb der nächsten 15 Jahre verdreifachen. Dann ist dies zwar, pro-Kopf gesehen, immer noch nur ein Sechstel der nordamerikanischen pro-Kopf-Verbrauchs, würde aber dennoch das Land auf den Platz 1 der Kohlendioxid-Emissionen bringen, noch vor den USA, auf die heute ca. 24 Prozent der klimaschädlichen Gase entfallen. Nach Einschätzung der Weltklimakonferenzen liegen die weltweiten CO₂-Emissionen bereits um mindestens 20 Prozent zu hoch.

Die Industrieländer haben von daher eine doppelte Aufgabe: Sie müssen zum einen die umweltschädlichen Emissionen schnell und drastisch verringern, um den Entwicklungsändern ökologische und soziale Zukunftschancen zu geben. Und zum anderen müssen sie Effizienztechnologien entwickeln, die ihnen wie der Dritten Welt die Chance eröffnen, einen dauerhaften Entwicklungspfad einzuschlagen.

China und Indien, beide potentielle Großmächte des nächsten Jahrhunderts, setzen auf die umfangreiche Nutzung der Kohle. Nur wenn wir hier auf moderne Nutzungstechniken mit einem hohen Wirkungsgrad entwickeln, kann großer ökologischer Schaden abgewendet werden. In dieser Frage, nicht beim unsinnigen und gefährlichen Export von Nukleartechnik, darf kein Fadenriß entstehen.

(-/12. Juli 1993/rs/fr)
